



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung II Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 20. September 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-21-0005

Grundsteuerreform befristeter Personalmehrbedarf

Beschluss Nr. 0206

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 1. zum 01.01.2025 rd. 90.000 Grundsteuerbescheide bekannt gegeben werden;
 2. die begründete Befürchtung besteht, dass durch Dezernat III/21 rund 45.000 fehlerhafte Datensätze manuell bereinigt werden müssen;
 3. bei Dezernat III/21 hierfür keine ausreichenden Personalkapazitäten zur Verfügung stehen;
 4. durch die bestehende Personalsituation ein Risiko für die Sicherstellung der gesetzesmäßigen Grundsteuererhebung ab dem 01.01.2025 und damit auch von Einnahmeausfällen besteht.
- II. Es wird beschlossen, dass
 1. zum Stellenplan 2024/2025 im Bereich 210420 Steuerveranlagung der Stellenumfang der Poolstelle Nr. P2104 StV_T, Stellenwert E 9a TVöD, befristet bis zum 31.12.2026 um 4,0 VZÄ erhöht wird. Im Bereich 210410 Steuerrecht werden zwei Vollzeitplanstellen im Stellenwert E 11 TVöD befristet bis zum 31.12.2027 geschaffen. An den Planstellen werden entsprechende kw-Vermerke angebracht.
 2. um kurzfristig bestehende Risiken mindern zu können, die vier befristeten Stellen der Wertigkeit E9a nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, jedoch vor Genehmigung des Haushaltsplans zum Stellenplan 2024/2025 überplanmäßig zum 01.01.2024 besetzt werden.
 3. Dezernat III/21 die Mehraufwendungen zum Stellenplan und respektive zum Haushalt 2024/2025 anmeldet.
 4. Dezernat III/21 die erforderlichen Mehraufwendungen bis zur Beschlussfassung des Stellenplans und des Haushalts 2024/2025 sowie dessen Genehmigung überplanmäßig zugesetzt werden.

(antragsgemäß Magistrat 15.08.2023 BP 0569)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .09.2023

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender